

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/55

Bonn, den 17. März 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Vietnam braucht unsere Hilfe</u> Panzer der Gleichgültigkeit durchbrechen Von Karl W. Berkhahn, MdB	82
3	<u>Das ungelöste Energieproblem</u> Soziale Überbrückung der Kohlenkrise	50
4	<u>Alle Kraft für Hamburg</u> Hansestadt im Wahlkampf	48
5 - 7	<u>VOR ZWANZIG JAHREN</u> Kurt Schumacher in Berlin Von Franz Neumann, MdB	128

Vietnam braucht unsere Hilfe

Panzer der Gleichgültigkeit durchbrechen

Von Karl W. Berkahn, MdB

- * Der Verfasser dieses Artikels war mit seinem Fraktions-
- * Kollegen Dr. Erhard Eppler drei Wochen in Südvietnam,
- * um die Möglichkeiten gesteigerter deutscher Hilfelei-
- * stungen auf dem humanitären Sektor zu studieren. *

* * *

Das Volk von Südvietnam leidet unvorstellbare Not. Die Geis-
sel des Krieges hat dem Land schwere Wunden zugefügt und sein
Antlitz entstellt. Die Zahl der getöteten Opfer, der Verstümmel-
ten, der vaterlos gewordenen Kinder, der Frauen; die ihre Männer
verloren und verlieren und der Flüchtlinge wächst ins Unheimli-
che. Noch ist ein Ende des mörderischen Krieges nicht abzusehen.
Beide Seiten führen neue Verstärkungen an Menschen und Material
heran, noch viele Jahre kann das Ringen um die Gestaltung der
Zukunft Vietnams weitergehen. Das südvietnamesische Volk zahlt
für die Behauptung seiner Unabhängigkeit einen furchtbaren Preis,
sein amerikanischer Verbündeter leistet täglich einen hohen Blut-
zoll. Aber auch die Vereinigten Staaten, so reich und mächtig sie
sind, können nicht allein für die Folgewirkungen des Krieges auf-
kommen. Das übersteigt ihre Kräfte. Das geplagte Volk in Vietnam
und die USA brauchen wirksame Beweise von Solidarität und den Be-
dingungen des Landes angepasste praktische Hilfeleistungen. Hier
zählen nicht Worte, hier zählen zur Taten.

Wir Deutschen haben nach 1945 erfahren, was Hilfe bedeutet
und was sie an heilenden Kräften auslösen kann. Die Hilfsaktio-
nen gutgesinnter Menschen und der Marshall-Plan haben Unzähli-
gen das Leben gerettet und den Weg zum Wiederaufstieg aus den
Trümmern unserer zerstörten Industrielandschaft ermöglicht. Das
darf unser Volk nicht vergessen. Doch nun dürfen wir nicht jene
vergessen, denen Gleiches widerfährt und die sich aus eigener
Kraft nicht zu helfen vermögen.

Deutsche militärische Hilfe scheidet aus vielen Gründen
aus. Sie würde allen Beteiligten mit Sicherheit mehr schaden
als nutzen. Deutsche Soldaten in Asien - das wäre der Sprung
ins Bodenlose. Niemand will ihn, niemand kann ihn wollen.

Etwas anderes können wir tun, was nicht ins Zwielicht ge-
rät und mißdeutet werden kann. Ich meine humanitäre Hilfe jed-
weder Art, die geeignet ist, die menschliche Not zu lindern,

den unglücklichen Opfern neue Hoffnung und Lebenskraft gibt und sie befähigt, durch Selbsthilfe den Strom des Elends einzudämmen. Die Entsendung eines deutschen Hospitalschiffs ist zwar gut, aber auch kostspielig. Doch daran nun herumzumäkeln, wäre Kleinlich; das Hospitalschiff kann gute Dienste leisten und wird hoffentlich in den Gewässern von Südvietnam mehr als nur ein Symbol tätiger humanitärer Hilfe sein.

Das allein genügt freilich nicht. Viel mehr liegt im Bereich unserer Möglichkeiten. Wir haben reiche Erfahrungen, wie man Flüchtlingsnot und Flüchtlingselend wirksam bekämpft - stellen wir sie dem vietnamesischen Volk durch Entsendung geeigneter Männer und Frauen zur Verfügung. Sie könnten zwar keine Wunder wirken, aber den Menschen spürbare Erleichterung geben.

Es würde uns ferner gut anstehen, ein Ärzteteam mit den dazugehörigen Schwestern aufzustellen, das wenigstens zahlenmäßig dem in Vietnam tätigen Schweizer Team entspricht. Ich habe es als eine Schande empfunden, daß es bisher nicht gelang, die medizinische Fakultät in Hues auf den notwendigen Stand zu bringen, obwohl Verpflichtungen vorliegen. Im schlimmsten Fall kommt in Vietnam auf 250 000 Bewohner ein Arzt - diese Zahl allein enthüllt den Schrecken des Ärztemangels.

Die Lieferung von alten fußgetriebenen Nähmaschinen würde vielen Frauen willkommen sein, es fehlt eben an allen Ecken das Notwendigste. Im Rahmen einer gesteigerten deutschen Hilfeleistung müßte die Sicherheit gegeben sein, daß die Medikamente den Kranken direkt erreichen. Die Errichtung von sozialen Zentren verschlingt keine großen Geldmittel; die bestehenden leisten bei geringem Kostenaufwand viel und kommen vor allem den hungernden Kindern zugute. Hier kann und muß mehr geschehen.

In den zerstörten und befriedeten Gebieten Vietnams wird schon heute viel gebaut, doch wird nach Waffenruhe die Arbeit erst richtig beginnen. Dazu benötigt man Sand und Zement. Daher wäre die Lieferung von Flußbaggern eine gute Hilfe. Diese Bagger könnten den Sand aus den Flußbecken fördern, die Erweiterung der Zementfabrikation würde die Ergänzung hierzu sein. Manche in diesen Gebieten lebenden Flüchtlinge kämen wieder zu Arbeit und zu einem bescheidenen Lebensstandard.

Der Möglichkeiten, praktisch zu helfen, entsetzliche Not zu lindern, Blut und Tränen zu stillen, gibt es viele. Machen wir Gebrauch davon, ohne viel Aufhebens, mehr in der Stille und ohne spektakuläre Vorzeichen. Von unserem Gewissen sind wir dazu aufgerufen. Lassen wir unsere Herzen sprechen, helfen wir, wo wir helfen können und stehen wir in der Bekundung humanitärer Gesinnung nicht im Vergleich zu anderen Völkern hinten an. Das Elend in Vietnam schreit zum Himmel. Wer mag es verantworten, sich dem durch einen Panzer von Gleichgültigkeit zu verschließen?

Das ungelöste Energieproblem

Soziale Überbrückung der Kohlenkrise

rd. - Die seit Monaten wachsende soziale Spannung an der Ruhr und im Saarland hat mit der Debatte über die Kohlenkrise, die Energiepolitik und die Strukturprobleme in den Kohlenrevieren eine gewisse Beruhigung erfahren. Doch erst wenn die vorgelegten Gesetzentwürfe die Ausschüsse wieder verlassen haben und zur letzten Entscheidung im Bundestag anstehen - was hoffentlich baldigst und noch vor den Wahlen in Nordrhein-Westfalen am 10. Juli sein wird - wird sich zeigen, ob die Gesetzesvorhaben zumindest zu einer längerfristigen Beruhigung führen können. Eine Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Strukturprobleme im Steinkohlenbergbau hat uns die Debatte ebensowenig gebracht wie ein Energiekonzept.

Die Anträge der SPD-Fraktion zur sozialen Sicherung der Bergarbeiter, ihres Einkommens, ihrer sozialen Ansprüche und ihres Wohnrechtes, haben auch die Regierung und die Regierungsparteien zu ähnlich gearteten Gesetzentwürfen veranlaßt; Herabsetzung des Rentenalters, früherer Anspruch auf Ausgleichleistungen, längere Gewährung von Trennungentschädigung, Arbeitslosengeld etc., vor allen aber die Bereitstellung von Mitteln zum Ausgleich der Einkommensverluste bei Feierschichten, suchen den akuten Sorgen der Bergarbeiter zu begegnen. Eine Sicherung ihrer Arbeitsplätze und des sozialen Raumes in dem sie leben, der Kommunen, bedeuten diese Maßnahmen nicht. Hier hätte es des Energiekonzeptes und konkreter strukturpolitischer Entscheidungen der Regierung bedurft, die sich aber hinter das Dogma ihres wirtschaftlichen Ordnungsprinzips flüchtete, um damit den Mangel an politischen Ideen sowie am Willen zur Entscheidung zu verdecken.

In der seit mehr als acht Jahren anhaltenden Kohlenkrise, verursacht durch das sich noch laufend verändernde Energieangebot, hat sich die Regierung mit wirtschaftlichem Flickwerk, ja sogar ihrer wirtschaftspolitischen Konzeption widersprechenden "dirigistischen" Eingriffen im Energiemarkt geholfen: Mineralölzoll, Mineralölsteuer, Importlizenzen für Öl- und Kohleeinfuhren, mit Empfehlungen und Stützungsmaßnahmen zur Selbsthilfe der Wirtschaft wie z.B. das Kohle-Öl-Kartell, den Rationalisierungsverband, Selbstbeschränkungsabkommen für Öleinfuhren, Raffinerien und Pipelines, Stilllegungsprämien usw. usw. Das alles hat die Kohlenkrise nicht verhindert, aber der deutschen Wirtschaft ein hohes Energiepreinsniveau beschert und unsere mit hohen Energiekosten belastete Urproduktion - Stahl, Chemie - zu der Überlegung gezwungen, in mit billigerer Energie versorgte Küstenbereiche unserer Nachbarländer überzusiedeln. Außerdem hat uns das Flickwerk Milliarden an Subventionen gekostet.

Auch die jetzt angekündigten Maßnahmen, weitere Stilllegungsprämien für 20 Millionen Tonnen Kapazität mit je 15 DM Prämie und 8 DM Lastenausgleichslast, Ablösung des Bergschadenrisikos und Ankauf der Grundstücke stillgelegter Zechen durch eine Auffanggesellschaft, sowie Ansiedlung neuer Industrien, soll uns neben den erheblichen Aufwendungen für die soziale Sicherheit der Bergleute weitere 2,5 Milliarden DM kosten, zahlbar über die Mineralölsteuer und die Energiekosten der industriellen Erzeugung. Das mag über den Wahltermin des 10. Juli hinweghelfen, ein Energiekonzept ist es nicht. Die gestrige Debatte über das Energieproblem wird noch lange nicht die letzte gewesen sein.

Alle Kraft für Hamburg

Hansestadt im Wahlkampf

sp - Am 27. März, 14 Tage nach den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein und Bayern finden in Hamburg Bürgerschaftswahlen statt. Es handelt sich hier um die erste Landtagswahl und um den ersten großen politischen Test nach der Bundestagswahl vom 19. September letzten Jahres. Die 1,4 Millionen wahlberechtigten Bürger der Freien und Hansestadt Hamburg sind aufgerufen, die 120 Sitze der Bürgerschaft neu zu besetzen und 300 Parlamentarier in die sieben Bezirksvertretungen zu wählen.

Die Hamburger Bürgerschaft wurde zuletzt im November 1961 neu gewählt. Damals erzielte die Sozialdemokratie mit 72 der 120 Mandate einen enormen Erfolg. Auch der Koalitionspartner, die Freien Demokraten, schnitten mit elf Mandaten gut ab. Die CDU hingegen erreichte nur 37 Sitze und bekam damit vier weniger als im November 1957. Ihre Rolle in der Opposition wurde durch die Entscheidung der Hamburger Wähler noch reduziert.

Die Wahl findet diesmal nicht unmittelbar nach der Bundestagswahl statt. Die Legislaturperiode wurde verlängert, um einen größeren Abstand zu bekommen. So wurde der Wahltermin nicht auf November 1965, sondern auf den 27. März 1966 festgelegt. Alle Prognosen in Hamburg gehen davon aus, daß die Sozialdemokraten und auch die Freien Demokraten ihre starke Stellung behaupten werden. Es läuft wahrscheinlich darauf hinaus, daß diese Parteien wieder die Koalition im Rathaus bilden.

Der Wahlkampf in Hamburg begann am 4. März 1966. Die SPD wirbt unter dem Motto "Alle Kraft für Hamburg". Hinter dieser Richtschnur steht der Erste Bürgermeister, Professor Dr. Herbert Weichmann. Die Schwerpunkte eines von ihm geführten neuen Senats für die nächsten vier Jahre werden sein: Weitere Stärkung der Wirtschaftskraft, Fortsetzung des Wohnungsbaus wie bisher, weiterer Ausbau des Verkehrsnetzes, Fortsetzung der modernen Schul- und Bildungspolitik Hamburgs und nicht zuletzt Fürsorge und Vorsorge für den einzelnen Bürger der Stadt und für die Gemeinschaft der Hamburger.

Es gibt keinen Zweifel, die Affären der letzten Wochen haben dem Ansehen des Senats aus SPD und FDP nicht geschadet. Als Professor Dr. Weichmann in der Bürgerschaft bekanntgab, wie nachdrücklich gegen Männer, die in der "Glocke-Affäre" gefehlt haben, vorgegangen worden ist, bedeutete das zugleich, daß die Hamburger ein noch größeres Vertrauen als bisher zu ihrer Stadtführung bekamen. Die Hamburger wissen sehr genau, was da sonst bei den Untersuchungsausschüssen etwa in Bonn oder Kiel herausgekommen ist.

Die Wahlkampfleitung für die Sozialdemokraten hat der Vorsitzende ihrer Bürgerschaftsfraktion, Oskar Paulig, übernommen. Auf seiner Idee beruht die neue Form des Hamburger Wahlkampfstils. Die Sozialdemokraten stellen ihre Leistungen in Informationsständen überall zur Schau. Der Bürger kann dort Gespräche mit sozialdemokratischen Bürgerschaftsangehörigen und Senatoren führen. Er erhält Auskunft über alle Fragen der Landespolitik und die entsprechenden Schriften. Selbst Bürgermeister Weichmann läßt sich dort sehen und stellt sich den Fragen seiner Bürger.

VOR ZWANZIG JAHREN

Kurt Schumacher in Berlin

Von Franz Neumann, MdB

Mitte Februar 1946 hatte sich zwar in Berlin eine Opposition gegen die Verbrüderungstheorie Grotewohls gefünden, doch fehlte die geschlossene Aktionseinheit. Sicherlich hat Kurt Schumacher der noch unsicheren Truppe durch seinen Besuch in Berlin in der zweiten Februarhälfte den Rücken gestärkt, denn von ihm war bekannt, daß er einer der entschiedensten Gegner der Verschmelzungstendenzen war.

Am 20. Februar hatte Schumacher zunächst eine längere Besprechung mit Grotewohl. Im Anschluß daran wurde von Schumacher besonders eine Tatsache herausgestellt: Die Meldung Grotewohls, daß zum Zonenparteitag der SPD, bei dem die Vereinigung mit der KPD beschlossen werden sollte, eine offizielle westdeutsche SPD-Delegation erwartet würde (damit wäre praktisch eine Legitimierung ausgesprochen worden), war falsch. Wohl oder Übel mußten von den Kommunisten anderslautende Meldungen dementiert werden.

Hinterlistiges Spiel Grotewohls

Trotzdem war es Grotewohl gelungen, mit der Falschmeldung seine Gegner zu verwirren. Um zu einer Klärung zu kommen, bemühte sich die Opposition um eine Aussprache mit Schumacher und Grotewohl. Eine günstige Gelegenheit hätte sich bei der für den 22. Februar einberufenen Sitzung des erweiterten Berliner Bezirksvorstandes geboten. Da jedoch Grotewohl an einer objektiven, sachlichen Aussprache auf keinen Fall gelegen sein konnte, denn sie hätte sein hinterlistiges Spiel offenbart, wurde die Sitzung im letzten Augenblick abgesagt mit der Begründung, der Zentralausschuß führe zur gleichen Zeit eine Besprechung "mit den augenblicklich in Berlin weilenden Genossen Dr. Schumacher" vor einem Kreis "geladener Gäste". - Die Opposition konnte wieder nicht zum Zuge kommen.

Es gelang aber, Kurt Schumacher auf Umwegen darüber zu verständigen, daß man sich am 23. Februar, einem Sonnabend, ohne die verräterischen Funktionäre um Grotewohl in Tempelhof treffen wollte, um über weitere Schritte zu beraten. Kurt Schumacher war bei dieser Versammlung nur eine halbe Stunde anwesend. Trotzdem erzielte man über alle angesprochenen wesentlichen Fragen volle Einigung. Die Berliner Funktionäre versicherten, daß man sich in keinem Fall unterwerfen würde, Schumacher sagte die volle Unterstützung der westdeutschen Sozialdemokraten bei diesem Ringen um die Freiheit zu. Er betonte, daß ohne die Wurzeln des europäischen Humanismus, ohne geistige Freiheit und ohne die Möglichkeit schöpferischer Kritik jede sozialistische Bewegung ihre Daseinsberechtigung verloren habe.

Um die Grundlagen des Staates

Wenn man in der Berliner Sozialdemokratie bisher der Vereinigung mit den Kommunisten widerstrebt hatte, so war dies mehr aus gesundem Menschenverstand als aus klar formulierter politischer Erkenntnis geschehen. Schumacher gab durch seine Äußerungen nun der ganzen Ausein-

andersetzung den Charakter des sittlichen Ringens um die Grundlagen des Staates.

Schumacher erkannte außerdem, daß die SPD niemals allein in der Lage sein würde, erfolgreich gegen kommunistische Taktiken zu bestehen. Allein dann, wenn eine breite Mehrheit der Bevölkerung in dieser Problematik engagiert war, sah er eine Chance zum Überleben. Er trug deshalb bei seinem Besuch in Berlin die bisher ausschließlich parteiintern geführte Auseinandersetzung hinein in die Bevölkerung.

Zunächst gab er im Anschluß an die Tempelhofer Zusammenkunft am 23. Februar eine Pressekonferenz. Er stellte hierbei klar heraus, daß Grotewohl und der Zentralausschuß nicht willens wären, eine selbständige SPD aufrechtzuerhalten.

* * *

Die Grundlage seiner Haltung unterstrich Schumacher in einem Interview mit dem "Tagesspiegel". Man könne nicht, so sagte er, an eine Parteivereinheitlichung denken, bevor freie Wahlen abgehalten worden wären, da man das Stärkeverhältnis der beiden Parteien gar nicht kenne. "Andernfalls handelt es sich nicht um Vereinheitlichung, sondern um Eroberung."

Doch auch grundsätzliche Bedenken gegen eine Einheit der Arbeiterparteien führte Schumacher auf. "Für die Sozialdemokratie der westlichen Zonen sind Sozialismus und Freiheit der Persönlichkeit in Dingen des Bekenntnisses und der Kritik unlösbar verbunden... Wir fürchten, daß der bei der Verschmelzung offerierte Sozialismus die Ignorierung der Persönlichkeit und die Vermassung bedeutet."

Schumachers große Leistung

Wenn Schumacher so sprach, so bedeutete es für ihn nicht nur Schönrederei. Er war sich durchaus der Tatsache bewußt, daß der Druck der Kommunisten so stark war, daß der Zentralausschuß seine volle Handlungsfreiheit nicht mehr besaß. Um trotzdem einen Ausweg aus dem Dilemma zu zeigen, der dem Zentralausschuß eine Rechtfertigung gegenüber den Kommunisten erlaubte, schlug er eine "Urabstimmung aller SPD-Mitglieder in Berlin und der Sowjetzone" vor. Schumacher war sich dabei der zu erwartenden großen Mehrheit für die Sache der Freiheit und die selbständige SPD ebenso bewußt wie der Tatsache, daß die Kommunisten trotzdem eine Einheitspartei proklamieren würden. Er deutete nämlich bereits an, daß auch nach einer Vereinheitlichung nicht das Ende der Sozialdemokratie in diesen Gebieten gekommen sei. "Eine etwa auftretende Einheitspartei ist nicht als tatsächliche oder rechtliche Nachfolgerin der von ihr als aufgelöst bezeichneten Parteien anzusehen. Sie ist tatsächlich und rechtlich eine neue Partei."

* * *

Als Schumacher am 25. Februar Berlin wieder verließ, war die Opposition sich ihrer Sache wesentlich sicherer. Schumacher hatte Stichworte gegeben, aus denen man es in Berlin verstand, handfeste politische Tatsachen zu schaffen, an denen auch die Kommunisten nicht vorübergehen konnten.

Es wurde ein Entwurf ausgearbeitet, der für den 6. und 7. April

Bezirksparteitage für Berlin und die Sowjetzone vorsah als Vorbereitung für die Vereinigung beim Zonenparteitag am 19. und 20. April. Ein Rundschreiben des Bezirksvorstandes verlangte von Kreisen und Abteilungen Entschließungen in dem Sinne, daß allen SPD-Mitgliedern nahegelegt wurde, geschlossen der neu zu gründenden Partei beizutreten.

Diskussion unerwünscht

Ende Februar wurde vom Zentralausschuß Diskussionen um die Vereinheitlichung der Arbeiterparteien nicht mehr gewünscht, da man sehr wohl erkannte, daß so die geplante Verschmelzung noch scheitern könnte. Max Fechner schrieb in einem Artikel des Organs des Zentralausschusses "Volk": Wir haben den Entwicklungspunkt erreicht, "in dem über die Notwendigkeit der Einigkeit kein Zweifel mehr bestehen und nicht mehr diskutiert zu werden braucht".

Eine neue Sechziger-Konferenz, die paritätisch mit Sozialdemokraten und Kommunisten besetzt war, trat am 26. Februar zusammen. Man rief einen "Organisationsausschuß zur Durchführung der Vereinigung" ins Leben und sprach die Empfehlung aus, die örtlichen Organisationen der Partei gleichmäßig mit Kommunisten und Sozialdemokraten zu besetzen. Um sich nicht eventuell unangenehm überrascht zu sehen, sollten in der Übergangszeit "die Organisationsausschüsse, die von den Vertretern beider Parteien auf allen Stufen der Parteiorganisation geschaffen werden, die Arbeit beider Organisationen koordinieren und die Verschmelzung vorbereiten".

Im Admiralspalast

Man hoffte bei den Kommunisten und im Zentralausschuß, mit diesen den Tatsachen weit vorausseilenden Beschlüssen der Vereinigung widerstrebende SPD-Mitglieder überrumpeln zu können. Deshalb wurde auch der weitere Zeitplan auf dem Wege zur vorgesehenen Verschmelzung kurzfristig angesetzt. Für den 1. März berief man eine Funktionärskonferenz in den Admiralspalast ein. Grotewohl ist sicherlich der Meinung gewesen, daß es ihm bei dieser Mammutkonferenz ähnlich wie am 17. Februar gelingen würde, der in sich ungeschlossenen Opposition durch harmlos klingende Resolutionen endgültig das Wasser abzugraben. Trotz der kurzen Vorbereitungszeit war es aber der Opposition in der Zwischenzeit gelungen, eigene politische Forderungen zu formulieren und wenigstens teilweise untereinander abzusprechen. Ausgangspunkt der Aktion war Reinickendorf.

* * *

Auf einer Kreisdelegiertenversammlung unter der Leitung des Kreisvorsitzenden Franz Neumann wurde am 23. Februar die bisherige Anregung einer Urabstimmung zu einer politischen Empfehlung ausgearbeitet. In sehr geschickter Art appellierte man auch an die von den Sowjets erhobenen Grundsätze der unverfälschten Demokratie, die auf dem Massenwillen beruhen müsse. Vor allen Dingen die durch die Fragestellung gegebene Alternative ließ einen Erfolg der Opposition bei der gestarteten Aktion erwarten. "Bist du für den sofortigen Zusammenschluß beider Arbeiterparteien? Oder bist Du für ein Bündnis beider Parteien, welches gemeinsame Arbeit sichert und den Bruderkampf ausschließt?"

+ + +